



Reden

17.10.2012

Thema: Gesetzentwurf Sicherungsverwahrung

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde haben die Vorredner die Sachlage schon sehr deutlich vorgestellt. Wir sind hier sozusagen Getriebene vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es geht darum, wie wir mit hoch gefährlichen Straftätern umgehen, die ihre Strafe bereits verbüßt haben, die für die Gesellschaft aber immer noch hoch gefährlich sind. Im Vordergrund muss hier natürlich der Schutz der Gesellschaft vor diesen möglichen zukünftigen Straftätern stehen. Der Gesetzentwurf ist ein interessanter, lobenswerter Vorstoß, um die Regelungslücke zu schließen. Er schlägt den Weg ein, den das Bundesverfassungsgericht aufzeigt. Der Gesetzentwurf steht auch unter dem Blickwinkel der Therapie und der Therapierbarkeit dieser Straftäter. Wir haben es in der Regierungserklärung zuvor gehört: Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass jeder hoch gefährliche Straftäter auch therapierbar ist. Für die, die nicht mehr therapierbar sind, brauchen wir Einrichtungen oder Möglichkeiten, um mit diesen Menschen umzugehen und unsere Gesellschaft, die Menschen vor Ort, Frauen und Kinder, jedermann zu schützen. Hier wird ein interessanter Schritt in dieser Richtung gegangen. Ich meine, dass der Gesetzentwurf eine sehr idealistische Sichtweise aufzeigt. Ich hoffe, dass diese idealistische Sichtweise in die Realität umgesetzt werden kann, was wiederum mit Personal und Kosten verbunden ist. Ich hoffe, dass dies so gelingt. Ich hoffe, dass es am Ende nicht an den Realitäten scheitert. Wir unterstützen den Vorschlag von Kollegen Schindler, eine Anhörung durchzuführen, um die Einschätzung der betroffenen Verbände, vielleicht auch derer, die mit diesen Menschen arbeiten müssen, zu hören. Wir als Parlamentarier sind leider nicht in die Anhörung der Verbände eingebunden. Wir meinen, dass man das auf diese Weise nachholen kann. Wir müssen prüfen, ob wir den Gesetzentwurf noch verbessern und noch mehr an die Realität anpassen können. Aber er ist ein Schritt in die richtige Richtung. Von daher muss man hier danken. Wenn das hier alle tun, muss ich auch unserem Arbeitskreis für Sicherheit und Justiz danken, unseren Mitarbeitern, die ihre Arbeitskraft und ihr Herzblut einbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)